

BI Liesing gegen Fluglärm und gegen die 3. Piste

Welche Schritte hat Ihre Partei auf Bundesebene in den letzten 4 Jahren unternommen, um

1. zu einer grundlegenden Optimierung der Flugrouten im Sinne der Betroffenheitsminimierung laut Luftfahrtgesetz § 120a beizutragen?

Die Hauptfunktion des § 120a des Luftfahrtgesetzes ist die Gewährleistung eines sicheren, ordnungsgemäßen Luftverkehrs unter Berücksichtigung der Emissionswerte. Es scheint also bisher nicht die vordergründige Intention des Gesetzgebers gewesen zu sein, mithilfe des § 120a die Luftfahrt oder die Emissionen zu reduzieren, sondern lediglich ordnungsgemäße Abläufe in der Luftfahrt unter Berücksichtigung verschiedener Parameter (Sicherheit, Emission etc.) zu ermöglichen. Aus unserer Sicht wäre es naheliegend, einen ausgewogenen Ansatz zu wählen. Demzufolge ist es die Aufgabe der Austro Control GmbH zwingend notwendige Maßnahmen zu treffen um den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden und die teilweise divergenten Regelungspunkte zu vereinen. Das ist nicht immer einfach. Der Vorrang akutes Gefahrenpotential zu reduzieren zeigt sich beispielsweise im Bestreben den Flugverkehr über Wien gering zu halten.

Außer Frage steht, dass Ihr Anliegen (Lärmbelästigung) berechtigt und nachvollziehbar ist. Die Folgen von dauerhafter starker Lärmbelästigung auf Mensch und Tier sind allgemein bekannt. Diese müssen daher sowohl in die Diskussion als auch in die behördlichen Prozesse stärker hineinfließen. Aus unserer Sicht bedarf der § 120a des Luftfahrtgesetzes aber derzeit keiner Änderung – wobei wir einer entsprechenden Diskussion im Nationalrat aufgeschlossen gegenüberstehen würden, sondern sehen die zuständigen Behörden in der Pflicht. Die Schwierigkeit bei jeder den Flugverkehr betreffenden Gesetzesänderung besteht in den vielen einander überlappenden Problematiken. Der Luftverkehr und seine Konsequenzen betreffen letztlich nicht nur Flughafenbetreiber und die geographisch angrenzenden Gemeinden, sondern auch die Mobilität einer Gesellschaft, insbesondere den größeren Einzugsbereich und den Wirtschaftsstandort Österreich.

2. ganz konkret zur Abschaffung der Windstille-Abflugroute Liesing beizutragen, die ohne Notwendigkeit rund 100.000 Menschen in ihrer Gesundheit schädigt?

Tatsächlich stellt die Windstille-Abflugroute Flugroute über Liesing eine unverhältnismäßige Belastung für die Betroffenen Einwohner da. Ein Konflikt mit dem zuvor angesprochenen § 120a scheint hier sehr plausibel. Inwieweit die Piste 3 und ihre bereits bestehende Flugroute über den Norden Wiens als alternative in Frage kommt, hängt unter anderem von Kapazitäts- und Koordinationsfragen ab.

Weiters wüssten wir gerne

3. welche Rolle ihre Partei bei der Halbierung der Flugverkehrs-Ticketsteuer gespielt hat und warum?

Die Halbierung der Flugverkehrsabgabe wurde im Rahmen einer Regierungsklausur Anfang dieses Jahres beschlossen. Wir haben aber im Parlament für die Halbierung gestimmt. Für uns waren folgende Gründe ausschlaggebend: Die Flugabgabe hat kaum Lenkungseffekte, bzw. die Lenkungseffekte die es (eventuell) gibt, sind vor allem Struktureffekte – also Verschiebungen zu anderen Hubs. Zur Einsparung von CO₂-Ausstoß leistet sie keinen Beitrag, der Standort und der Flughafen als Dreh- und Angelpunkt leiden aber darunter. Unser Programm sieht vor, dass letztlich

die Besteuerung von Kerosin (genauer eine CO₂ Steuer - aufkommensneutral) eingeführt wird. Diese hätte einen stärkeren Effekt da sie einen direkten Einfluss auf den Kerosinverbrauch ausübt.

4. welche weiteren Schritte ihre Partei unternommen hat, um entsprechende Zusagen ihrer Partei vor der Wahl zur Umsetzung zu verhelfen (z.B. beim Thema 3. Piste u. ä.)

Obwohl ein Großteil der konkreten Themen wie z.B. die 3. Piste formal nicht im Kompetenzbereich des Nationalrats liegen, sondern vielmehr in den Landtagen von Wien und Niederösterreich, haben wir NEOS immer dann, wenn das Thema auch den Nationalrat beschäftigt hat, zu einer Versachlichung beigetragen. Wir haben zu jedem Zeitpunkt und von jeder Seite evidenzbasierte Unterlagen verlangt und diese entsprechend beurteilt.

Weiters möchte ich darauf hinweisen, dass wir in unserem Wiener Programm weiterhin klar für ein „NEIN“ zur dritten Pisten aussprechen.

5. ob ihre Partei für die geplante Aushöhlung des Umweltschutzes durch die Aufnahme der Wirtschaftsinteressen als Staatsziel in die Verfassung sind oder nicht?

Die Idee eines Staatsziels „Wirtschaft“ kommt ursprünglich aus dem Österreichkonvent. Damals wurde folgender Text vorgeschlagen: *„Die Republik (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft und strebt ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft an.“*

Im Abschlussbericht hieß es damals: „Die Mitglieder erzielten grundsätzlich keinen Konsens über den diskutierten Entwurf. Wenn es einen Staatszielkatalog gibt, sollte aus Gründen der Ausgewogenheit das wirtschaftliche Staatsziel eingefügt werden.“ In der Argumentation ging es also um die Ausgewogenheit der staatlichen Zielsetzungen.

Zunächst möchte ich anmerken, dass wir nicht der Meinung sind, dass die Verfassung mit derartigen Vorgaben überfrachtet werden sollte. Idealerweise befinden sich keine politischen Staatszielbestimmungen in der Verfassung.

Zur aktuellen Situation; Dieses Ziel entstand, weil die Politik auf einen Verfassungsspruch reagierte (Stichwort: 3. Piste). Auch wir sind der Meinung, dass in solchen Abwägungen ein gewisses Gleichgewicht nötig ist.

Wenn man aber der Meinung ist, es handelt sich bei Umwelt und Wirtschaft/Wachstum um konkurrierende Konzepte, dann ist das aus meiner Sicht zu kurz gedacht. Denn es gibt ja auch eine These dass Wachstum, ab einer gewissen Größe, durch einen Entkopplungseffekt, dazu beiträgt, dass sorgsamer mit Ressourcen und Umwelt umgegangen wird: Environmental Kuznets Curve (EKC Hypothesis).

Des Weiteren können Struktur- oder Verdrängungseffekte (hierzulande besser bekannt als Florianiprinzip) nicht adäquat in die Beurteilung miteinfließen.

Letztlich wird es auf die exakte Formulierung des Vorschlags ankommen, wir werden nicht zulassen, dass die künftigen Regierungsparteien die Umwelt- und Wirtschaftsinteressen unseres Landes gegeneinander ausspielen.